

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
M. Perter, Industrieallee
Mühlbach-Zürich
Vollsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

**Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge**

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserate
Die dreispaltige Zeile
25 Cts. — 20 Pfg.

N. 6.

Sonntag, 8. Februar.

1880.

Wiss an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bego verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden; die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptfordernd ist hierzu einzusetzen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverschämte Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unerschütterliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rekommandierung. Sodast an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Die siebente Großmacht.

Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts gab es in Europa fünf Großmächte oder eigentlich vier und eine halbe: Rußland, Oesterreich, Frankreich, England und — die halbe — Preußen. Aus dieser Zeit stammt das berühmte Wort von der sechsten Großmacht Preußen.

Im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte haben die zwei großen Revolutionäre Cavour und Bismarck in diese Eintheilung ein gewaltiges Loch gemacht. Man zählt jetzt sechs Großmächte und zwar die ehemalige halbe an ihrer Spitze: Preußen-Deutschland, Neu-Italien, Frankreich, Oesterreich, Rußland und England. Keine von diesen sechs Großmächten traut der andern, jeoe sucht sich durch endlose Kriegsrüstungen und durch allerlei Ränke und Kniffe im Voraus gegen jede mögliche Ueberrumpelung sicher zu stellen.

Während sie aber alle in dieser Richtung ihr Bestes thun, erhebt sich mitten unter ihnen eine siebente. Wie der Tornado, der von Zeit zu Zeit verwüstend über die atlantische Küste braust, hat sie ihre Wurzel in den „höheren“ Regionen. Dort baut sie sich aus dunkeln Gewalten zusammen und wächst einerschreitend, bis sie erschütternd die Thore der eisengepanzten Militärmonarchien, der Bourgeoisrepubliken und jedweder Klassenherrschaften packt. „Noth“ ist ihr Name und ihr Begleiter der Hunger. Die Kartoffel- und Getreide-Ernten in Schlesien und Irland waren schlecht und der Weinherbst am Rhein und in Ostranreich ein Fehlschlag. Dazu kam ein unerhört kalter Dezember und so gewaltige Schneefälle, daß selbst in den Hauptstädten zeitweilig an Kommunikation nicht zu denken war. Die Industrie liegt nach wie vor darnieder und überall herrscht Arbeitslosigkeit; die noch beschäftigten Arbeiter aber verdienen zum großen Theil kaum das trockene Brod. Hungertyphus und andere aus schlechter Ernährung stammende Krankheiten greifen immer mehr um sich. Jammer und Elend herrscht überall im Volke. Und doch hat das Jahr 1880 kaum erst angefangen, der Winter ist noch kaum zur Hälfte hinüber!

Auf die Abwehr eines mit Kanonen und Mitra:leusen vorrückenden Feindes sind das Soldatenkaiserreich Deutschland, die Militärrpublik Frankreich und andere Staaten ja eingerichtet. Wie aber? Wenn der Feind mit Winterstürmen und Mißwachs, mit Hunger und Krankheit kommt? Wenn der mit der Ernährung des ungeheuren stehenden Heeres belastete Bevölkerungstheil das Heer nicht mehr ernähren kann? Die Steuerbäche zu fließen aufhören, weil es wenig, zu wenig mehr zu verdienen giebt? Wenn der bleiche Hunger den in den Winkeln murrenden Proletariatsbataillonen den Muth der Verzweiflung leiht? Und die „Männer mit den harten Häuten“ keine Veranlassung zur Schonung bestehender Verhältnisse mehr haben, weil sie keine Hoffnung mehr haben?

Den Kampf mit dieser siebenten, der schrecklichsten Großmacht hat weder das von Bismarck gegründete Reich, noch die Militärrpublik Gambetta's, noch das englische Krämereich, noch das Königreich Umberto's bisher bestanden. Und doch kann nur ein Staatswesen für die Dauer lebensfähig sein, dessen Organisation es auch solche Stürme siegreich bestehen läßt, oder besser, das so organisiert ist, daß solche Stürme gar nicht erst entstehen können.

Alle bisherigen Staats- und Gesellschaftsformen sind außer Stande, dem Eroberungs- und Verwüstungsmarsch der siebenten Großmacht zu widerstehen. Ihrem schrecklichen, mörderischen Regiment wird erst ein Ende gemacht durch die neuentstehende achte Großmacht, welche zum Heile der Menschheit auch alle die andern „Großmächte“ vom Erdboden hinwegwischen wird: durch den Sozialismus!

Goldwährung oder Doppelwährung?

Diese Frage wird seit langem, namentlich aber seit der bekannten Ordre des deutschen Reichskanzlers auf Einstellung der Silberverkäufe in den Krisen der Volkswirtschaften und deren, welche es sein wollen, lebhaft debattirt. Dem ersten Anschein und dem bloßen Namen nach zu urtheilen, möchte man nun vielleicht glauben, daß diese Frage dem Sozialismus ganz ferne läge, für das Volk ganz gleichgültig sei. Dem ist jedoch keineswegs so. Ruß schon jede, anscheinend auch noch so untergeordnete, ökonomische Einrichtung ihre Wirkung auf das Wirtschaftsganze äußern, so ist dies in erhöhtem Maße der Fall bei dem Gelde, dem Werb:messer unserer heutigen Gesellschaft. Seine Beschaffenheit, Veränderlichkeit oder Stetigkeit, übt den weittragendsten, tief einschneidendsten Einfluß auf den Markt, auf das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion und demnach auf die gesamten Arbeitsverhältnisse, auf die Erwerbsverhältnisse des arbeitenden Volkes.

Es ist deshalb und weil die spekulationswüthigen Kapitalisten und Politiker alles thun, um die Frage im Interesse ihres Geld-

sacks und zum Schaden des Volkes zu verrücken und das letztere über ihre wahre Bedeutung im Unklaren zu lassen und zu täuschen, sehr erfreulich, daß ein deutscher Sozialist die sich bietende Gelegenheit ergriffen und sich an offizieller Stelle über die erwähnte Frage und die Stellung des Sozialismus zu derselben, sowie über die ökonomische Lage überhaupt ausgesprochen hat.

Im sächsischen Landtag wurde vor kurzem von dem liberalen Abgeordneten Heine ein auf Wiedereinführung der früheren Silber- oder Doppelwährung hinauslaufender Antrag gestellt. Der genannte Abgeordnete, ein früherer 48er Demokrat, persönlich ehrenwerth, aber ein höchst unklarer Kopf, machte hiebei die eingeführte Goldwährung für fast alle von den Sozialisten aufgedeckten und auch von ihm selbst vollkommen anerkannten Schäden der modernen Gesellschaft verantwortlich und suchte in einer langathmigen, überaus unglücklichen Ausführung darzulegen, daß sich mit Wiedereinführung der Silberwährung alsbald wieder (!) Alles zum Bessern wenden werde!

Hierauf ergriff Genosse Liebknecht das Wort und sprach sich in folgender Weise aus:

Die Einführung der Goldwährung ist ein bedeutender Fortschritt für Deutschland. Der Heine'sche Antrag trifft die „Hyänen der Industrie“ durchaus nicht; im Gegentheil, bei der Doppelwährung werden die Arbeiter um viele Millionen betrogen. Geld ist Waare und Werb:messer; wenn zwei Werb:messer existiren, so entsteht naturgemäß Konfusion auf dem Geldmarkt, welche sich die Spekulanten zu Nutzen machen. Einer der bedeutendsten Nationalökonomien, der Sozialist Engels, äußerte sich auf eine spezielle Anfrage Liebknechts über diese Frage in nachfolgender Weise:

„Die Silber- resp. Doppelwährungsgeschichte ist das Hirngespinnst einiger Liverpooler Baumwollspekulanten. Da in Indien und China nur Silber im Handel praktisch zirkulirt und Silber seit 10 Jahren von 1 zu 15 $\frac{1}{2}$, auf 1 zu 17 $\frac{1}{2}$, bis 18 des Goldwerthes gefallen ist, so hat dieser Umstand natürlich die durch Ueber-Export von Baumwollenwaaren nach dem fernen Orien verursachte Krise in diesem Artikel noch verschärft. Erstens fielen die Preise durch gesteigertes Angebot, und dann brückten diese gefallenen Preise obendrein noch für den englischen Exporteur einen geringeren Goldwerth aus als früher. Die geschiedten Leute in Liverpool nun, die sich gar nicht denken können, daß Baumwolle auch einmal im Preise fallen kann, schieben alles auf den Unterschied der Währung und meinen, es sei alles in Ordnung und der indisch-chinesische Handel werde floriren, sobald man hier dekretire, das Silber solle wieder 1 zu 15 $\frac{1}{2}$ der Goldeswerth sein, d. h. das englische Publikum solle Silber 13—15 Proz. über den Werth sich aufhängen lassen, damit die Baumwollen-Exporteurs soviel gewinnen. Das ist der ganze Schwindel, an den sich noch einige Crotchet-monyers gehängt haben. Von irgend welcher Bedeutung war er nie. Die „Times“ war nämlich so menschenfreundlich, zu meinen, für ein so armes Land wie Deutschland passe die Goldwährung nicht, man solle lieber zur bequemeren Silberwährung zurückkehren. Mit dem versteckten Wunsch, für den Londoner Geldmarkt eine Abzugsquelle zu schaffen, wohin dieser sein eathwertetes Silber über den Werth absetzen könne.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede äußerte Liebknecht dann seine Anerkennung, daß Heine es gewagt habe, in seinen Motiven die Schäden der modernen Gesellschaft anzuerkennen. Aber diese Schäden werden durch die Silberwährung nicht geheilt. Handels- und Geschäftskrisen wiederholen sich periodisch und entspringen naturgemäß aus der chaotischen Verwirrung, welche zwischen Produktion und Konsumtion existirt. Hieran ändert auch Kolonienbesitz, nach dem in neuerer Zeit von den deutschen Bourgeois gestrebt wird, nichts; denn die Konsumtionsfähigkeit der Kolonien reicht bei Weitem nicht heran an die Produktionsfähigkeit auch nur eines kleinen Theiles von Deutschland. Nach einiger Zeit wird jeder Staat auf seinen eignen Markt angewiesen sein. Man muß also dafür sorgen, daß die Konsumtionsfähigkeit vermehrt wird. Man hört bisweilen, man möge durch niedrige Löhne mit den Engländern konkurriren; aber dadurch wird die Konsumtionsfähigkeit gerade verringert und die Löhne sind am höchsten immer da, wo die Industrie am meisten entwickelt ist. Man braucht nicht auf den Samoainfeln Konsumenten zu suchen, sondern man suche sie in Deutschland selbst. Der Uebelstand liegt einzig und allein in dem Mißverhältnis von Produktion und Konsumtion und solange man dasselbe nicht beseitigt, wird man aus der Periode der Krisen nicht herauskommen. Dazu kommt, daß in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft die Tendenz herrscht, mit der Aufstellung vermehrter Produktionsinstrumente die Konsumtionsfähigkeit zu überholen, wodurch eine permanente Ueberproduktion stattfindet.

In diesen Kern der Sache eingedrungen zu sein, ist das große Verdienst der sozialistischen Partei. Keine andere Partei hat dies noch gethan, und wo es etwa theilweise geschehen ist, da hat man sich auf die Schultern von Sozialisten gestellt. So arbeiten die Agrarier zum großen Theile mit Waffen, die sie aus dem Arsenal des Sozialismus einnehmen haben. Die ganze jetzige Volks-

wirtschaft muß die Verechtigung und wissenschaftliche Begründung des Sozialismus anerkennen und kommt mehr und mehr auf seine Bahnen. Desto insamer ist es, daß gerade die Partei, welche diese Wahrheit gefunden und mit allen Kräften für deren Anerkennung und Ruhbarmachung gewirkt hat, nach Möglichkeit mundtot gemacht und unterdrückt wird!

Nordamerikanischer Sozialistenkongress.

(Schluß).

Weniger glücklich scheint dagegen der hierauf gefaßte Beschluß: daß die sozialistische Arbeiterpartei selbstständig einen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen habe. Selbstverständlich kann unter solchen Umständen das Eintreten in die Wahl nicht auf einen, wenn auch bescheidenen Wahlerfolg gerichtet sein, sondern dient lediglich allgemein agitatorischen Zwecken, die sich freilich in der erregten Präsidentschaftswahlzeit am besten fördern lassen. Aber andererseits ist zu erwägen, daß die geringe Stimmenzahl, welche wir bei dem derzeitigen Stand der sozialistischen Bewegung in diesem Land nur erzielen können, in der öffentlichen Meinung einen nichts weniger als achtunggebietenden Eindruck machen kann, weil das amerikanische Publikum in seiner auf das Zunächstliegende gerichteten Art unser Eintreten nimmermehr als ein lediglich agitatorisches und ganz außer Beziehung zum Wahlzweck stehend ansehen wird. Man wird die politische Bedeutung lediglich nach der Handvoll von uns mit großen Kosten aufgetriebenen Stimmen beurtheilen und Unterschätzung und vermindertes Interesse für unsere Partei wird die Folge sein. Ohne Zweifel werden wir mit der Zeit auch dieses Hinderniß wie so viele andere überspringen; allein ich möchte, wir hätten derlei ohnehin genug und brauchen uns nicht neue zu schaffen. Doch ist die Entscheidung gefallen und die Disziplin fordert, daß sich ihr jeder Genosse unterwirft. Man muß daher suchen, die Sache möglichst zu Gunsten der Partei zu wenden und das Beste hoffen.

Am vierten Tag wurde zunächst über die mit einzelnen Sektionen verbundenen militärischen Organisationen verhandelt. Van Patten wies in ausführlicher Rede nach, wie dieselben mit der Konstitution der sozialistischen Arbeiterpartei, als einer politischen Partei, welche mit allen Mitteln friedlicher Propaganda ihr Ziel zu erstreben suche, im Widerspruch stehe. Nach lebhafter Diskussion wurde beschloffen, allen bewaffneten Organisationen die offizielle Anerkennung als Parteiorganisation zu versagen. Und zwar mit Recht. Zwar ist es nur ein Nicht des Bürgers, wenn er sich für die Tage der Gefahr bewaffnet und in den Waffen übt und es ist nur zu loben, daß die Arbeiter dieses Bürgerrecht und diese Bürgerpflicht nicht mehr lediglich ihren Feinden, den Herrschenden überlassen und selbst wehrlos gegen die Bewaffneten bleiben. Aber diese Wehrgeneration muß eine Privatsache und kann niemals Aufgabe einer politischen Partei sein. Dieselbe müßte denn offen eingestehen, daß ihre Ziele nimmermehr auf dem Wege des friedlichen Parteikampfes zu erreichen seien und könnte sich dann jegliche Programme ersparen, einfach den demnächstigen bewaffneten Angriff auf ihre Fahne schreibend. Ein solches Vorgehen und ein solch offenes Eingeständniß aber könnte unserer, jetzt noch sehr in der Minderheit befindlichen Partei sehr übel bekommen, denn es würde den Gegnern das Recht geben, uns rücksichtslos zu vernichten. Jeder Einzelne und Gruppen von Genossen mögen sich waffnen; die Organisation wird sich dann, wenn es nöthig ist, zur Stunde der That schon finden. Jetzt aber hat unsere Partei andere Aufgaben.

In der Nachmittags Sitzung erstattete das Pres-Komite Bericht. Es hob besonders die Nothwendigkeit einer englischen Parteipresse hervor und empfahl die Schaffung einer solchen mit allen disponiblen Mitteln. Nach eingehender Debatte über diesen Punkt wurde der Beschluß gefaßt, zunächst in New-York eine tägliche Zeitung unter der Kontrolle der Sektionen New-York und Brooklyn zu gründen. Der Name des Blattes soll „Union“ sein.

Hinsichtlich der Presse wird weiter am fünften Tag der Beschluß gefaßt zum Zweck der Ermöglichung der Herausgabe von sozialistischen Blättern an kleinern Orten in Cincinnati eine Druckgenossenschaft zu errichten, in welcher ein Theil des Leibesstoffes für eine Anzahl von Blättern gleichmäßig hergestellt wird und welche zugleich Flugschriften, Broschüren zc. unter Parteileitung herzustellen hat. In der Nachmittags Sitzung drehte sich die Diskussion um die Frage, ob der Name der Partei geändert werden solle oder nicht. Van Patten machte darauf aufmerksam, daß das Wort „Sozialistisch“ geeignet sei, Viele abzuschrecken, die ihren Ansichten nach eigentlich zur Partei gehörten, sich aber den Vorurtheilen der öffentlichen Meinung beugten. Dieser opportunistische Antrag fand indeß scharfe Erwiderungen und man legte mit Recht besonderes Gewicht darauf, daß die Worte „Sozialist“ und „Arbeiter“, als dem Charakter

der Partei entsprechend, nicht gestrichen werden sollten. Die Abstimmung ergab eine sehr große Majorität zu Gunsten der Beibehaltung des Namens „Sozialistische Arbeiterpartei“.

Der sechste Tag war der arbeitsamste der ganzen Session. Es fanden drei Sitzungen statt und zwar von 8^{1/2} früh bis 12 Uhr Mittags, von 1/2 Nachmittags bis 6 Uhr Abends und von 7 Uhr Abends bis zur Schwelle des neuen Jahres. Zur Diskussion kamen die Konstitution und Plattform, welche beide verschiedene wichtige Änderungen erlitten.

Die Umgestaltung der Plattform und der angehängten Beschlüsse ist eine vollständige, indem fast nicht ein Satz völlig gleich oder auf derselben Stelle geblieben ist. Der Kuzählung der Plankonzepte (Einzelpunkte der Plattform) ist eine Einleitung vorausgeschickt, welche dem Punkt I. des Gothaer Programms nachgebildet ist und den Rechtsgrund und Zweck der sozialistischen Arbeiterpartei erläutert. Sodann werden die Gleichheit der Lage der arbeitenden Klasse in allen zivilisierten Ländern und die daraus resultierende Internationalität der Arbeiterbewegung und die Notwendigkeit der Abschaffung des Lohnsystems und der Ueberführung aller Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz betont, und hierauf die Einzelorderungen zur „Verbesserung der Lage der Arbeiterklassen unter dem jetzigen Regime“ ausgeführt. Die bedeutendsten davon sind: Plankonzept 1 betont die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung der Vereinigten Staaten-Versaffung zum Zweck der Einführung der direkten Vollregierung schärfer als bisher gesehen. 2 und 3 fordern politische Gleichberechtigung für alle Bürger ohne Unterschied von Glauben, Geschlecht und Rasse. 6 verlangt die strenge Durchführung des „Achtstundengesetzes“ für alle nationalen Arbeiten; dieselbe Forderung der Achtstundenarbeit wird später bei den Forderungen an die Einzelstaaten und bei den Beschlüssen wiederholt: die Achtstundenarbeit soll sowohl von den Einzelstaaten als von der Vereinigten Staaten-Versaffung als gesetzlicher Arbeitstag anerkannt werden. 7 und 10 verlangen die gleichzeitige Besteuerung alles Eigentums (gegen die Steuerfreiheit der religiösen Gemeinschaften und der großen Eisenbahnkompagnien gerichtet). — Von den Einzelstaaten wird außer dem schon Erwähnten noch verlangt: die Einführung von Staatsbureaus für Arbeitsstatistik; die Abschaffung der Vermietung der Gefangenearbeit; strenge Haftpflichtgesetze; gänzliches Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren; Schulzwang und Unentgeltlichkeit des Unterrichtes; Einführung von Inspektoren für Fabriken, Bergwerken, Werkstätten, Lebensmittel und Wohnungen. — In den Beschlüssen wird dann das lange streitige Verhältnis der sozialistischen Arbeiterpartei zu der Gewerkschaftsbewegung fixiert, indem erklärt wird, daß die Partei die Organisierung von nationalen und internationalen Gewerkschafts- und Arbeiter-Unionen begünstigt, den Parteigenossen den Beitritt empfiehlt und ihnen nach Kräften Unterstützung verspricht. Sodann wird die Widerrufung aller sogenannten Trampgesetze, welche unbeschäftigte Arbeiter als Landstreicher bestrafen, verlangt und weiter der Kongress aufgefordert, die von 22 Eisenbahnkompagnien verlangten Charters (Privilegien, Eisenbahnkonzessionen mit Schenkung von Nationalländereien) zu widerrufen und dadurch 125 Mill. Acres jetzt im Besitz reicher Monopolisten befindlichen Landes, das über 5 Millionen Bürger ernähren könnte, für den Gebrauch des Volkes zurückzufordern.

In den Sitzungen des letzten Tages wurden als Sitz der Exekutive Detroit, als Sitz des Aufsichtsrathes Chicago gewählt und als Plätze für den nächsten Kongress Chicago, Boston, New-York und Cincinnati vorgeschlagen, unter welchen Städten eine Urabstimmung sämmtlicher Parteimitglieder zu wählen hat. Nachdem noch der bisherige Parteisekretär Ph. van Patten wiedergewählt worden, wurde beschlossen, die Parteimitglieder Caleb Pink und Osborne Ward von Brooklyn, sowie A. D. Bishop von Chicago der Partei als Präsidenschaftskandidaten zu empfehlen. Wer von denselben die höchste Stimmenzahl erhalte (in der Urabstimmung) solle zum Kandidaten für die Präsidenschaft und der die nächstmeisten Stimmen erhält, zum Kandidaten für die Vize-Präsidenschaft nominirt werden. Schließlich wurde noch bestimmt: die Partei solle durch Urabstimmung entscheiden, ob nach Lage der Dinge im Monat Juli eine Extra-Konvention in Chicago abgehalten werden solle.

Damit waren die bedeutenden Arbeiten des Kongresses erledigt und wurde derselbe Nachts 12 Uhr geschlossen. Mögen seine Arbeiten der sozialistischen Arbeiterpartei Nordamerikas und der internationalen Sozialdemokratie zum Nutzen und Vortheil gereichen.
H. Dorn.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

* Der „Sozialdemokrat“ genießt seit seinem Bestehen die Ehre, von der deutschen Polizei nach Kräften verfolgt zu werden. —

Feuilleton.

Ein Vorkämpfer der sozialistischen Idee.

He. Seit dem Sozialistengesetze ist von deutschen Werken für uns nicht viel zu berichten gewesen, denn alle Erzeugnisse der Presse, welche irgend ein Körnlein Wahrheit in Bezug auf die soziale Frage enthalten, sind entweder von vornherein konfisziert worden oder doch dem Ausnahmegesetz während der Zeit unfehlbar zum Opfer gefallen, selbst wenn solche Werke auch nicht spezifisch sozialistischer Tendenz waren. Manchmal aber wird doch ein solches von der Polizei übersehen, oder aber es ist aus anderen Gründen nicht gut thunlich, dasselbe zu unterdrücken. Wir sind nun in der glücklichen Lage, die Genossen auf ein solches neu erschienenen Werk aufmerksam machen zu können, welches sich sowohl seines vorzüglichen Inhaltes als auch seiner Billigkeit wegen für jeden Sozialisten zur Anschaffung empfiehlt, und, was das Beste, von dem kaum anzunehmen ist, daß es in Preußen-Deutschland verboten werden kann.

Ich meine das im Bibliographischen Institut in Leipzig erschienene Buch: Shelley's ausgewählte Dichtungen. Aus dem Englischen von Adolph Strodtmann. (Bibliothek deutscher und auswärtiger Klassiker.) Dasselbe ist 23 Bogen groß Oktav stark (362 Seiten) und ist für den fabelhaft billigen Preis von 50 Pfg. in jeder Buchhandlung zu haben.

Shelley wurde 1792 als Sohn eines englischen Baronets geboren und darf als Vorkämpfer der sozialistischen Idee betrachtet

wie das im heutigen Deutschland für jedes sozialistische Blatt nur selbstverständlich ist. Seitdem man aber in der Kanzlei des Reichspolizeiministers Wabai am Volkenmarkt in Erfahrung gebracht hat, welche Ausbreitung der „Sozialdemokrat“ trotz aller ihm an der Grenze und im Innern in den Weg gelegten Hindernisse in Deutschland hat und wie ein reger Verkehr zwischen dem Parteigenossen allerorten und dem Parteiorgan besteht (und nicht zu vergessen auch: seitdem Graf Eulenburg selbst im preussischen Landtag den „Sozialdemokrat“ als offizielles Organ unserer Partei zu proklamieren und zu empfehlen so freundlich war, wodurch die Nachricht von der Existenz des „Sozialdemokrat“ in weite bis dahin unbekannt Kreise verbreitet wurde, was uns eine sehr erhebliche Anzahl von Abonnenten zuführte): seitdem wird von der deutschen Polizei mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer und mit einem großartigen Zeit- und Kraftaufwand daran gearbeitet, des „Sozialdemokrat“ und noch mehr seiner Verbreiter um jeden Preis habhaft zu werden, um den deutschen Genossen das Halten des verhassten Blattes zu verleiden und unmöglich zu machen und den „Sozialdemokrat“ vom Boden des deutschen Reiches zu vertreiben. Im Laufe der letzten beiden Wochen haben (nur soviel uns bekannt geworden) gering gerechnet 200 Hausdurchsuchungen in allen Theilen Deutschlands nach unserm Parteiorgan stattgefunden. In Eibertz stießerte man eine Sendung, worauf 15 vergebliche Hausdurchsuchungen erfolgten. Ähnliches geschah in Nürnberg (wiederholt), Darmstadt, Forst, München und an anderen Orten. Indessen ist der Liebe Müß schon deshalb fast durchweg umsonst gewesen, da man an den meisten Orten mit bekanntem Geschick so gut wie gar nichts gefunden hat.

Wir sehen weiteren derartigen Maßregeln mit größter Seelenruhe entgegen; denn wenn sie auch hier und da einzelnen Genossen Schaden verursachen, so können sie unserer Sache — der Partei, wie dem Parteiorgan — insofern der durch sie unter die Genossen gebrachten Bewegung, der von ihnen hervorgerufenen Erbitterung einer und Neugierde nach dem Verbotenen andererseits, sowie insofern der unvermeidlichen Reklame für unser Parteiorgan durchaus nicht schaden, sondern nur nützen. Die herrschgewaltigen Feinde des Sozialismus in Deutschland erweisen sich für diesen eben auf Schritt und Tritt als die Macht, welche wohl im Einzelnen schaden und zerstören kann, im Großen und Ganzen aber zwar stets das Böse aus tiefstem Herzensgrund will, aber wider Willen stets das Gute in die Wege leiten muß.

— Der reisende Strom der Reaktion ergießt seine trüben Fluten immer unaufhaltbarer über die deutschen Lande; Tag für Tag reißt er neue Stücke der schwachen „liberalen“ Schutzdämme nieder und wird mit jedem neuen Erfolg nur immer gieriger, so daß ihm selbst die ältesten Rinnale nicht mehr genügen und er auch uralte Freistätten zu überschwemmen strebt. So hat der preussische Landtag letzte Woche ein Klassengesetz ersten Ranges fertig gebracht, welches dem preussischen Volke die letzten Reste eines Stückes Freiheit raubt, das der Uebermuth der Herrscher nicht einmal zur Zeit der ärgsten Knechtschaft des Mittelalters angetastet hat. Das berüchtigte Forst- und Feldpolizeigesetz ist nach langjährigen Versuchen von den preussischen Großgrundbesitzern endlich doch durchgedrückt worden, und man sieht, wie recht wir hatten, als wir i. B. bei der ersten Ablehnung in dieser Session wenig Hoffnung äußerten. Durch dies Gesetz wird der Begriff des „absoluten“ (Privat-)Eigentums in einer Weise ausgedehnt und bis zu seinen äußersten Folgerungen getrieben, wie es bisher noch niemals und nirgends, nicht einmal bei den hierin für alle Zeiten unerreichten Römern geschehen ist. Bisher wurde der besipflosen Mehrheit von der den Grund und Boden monopolisirenden Minderheit doch wenigstens eine sozusagen ideale Mitbenützung nicht streitig gemacht. In den Wald zu gehen, sich ins Gras zu legen, eine Blume zu pflücken, sich den Hut mit einem Bruch Eichenlaub zu schmücken oder einige am Weg stehende Erdbeeren abzubrechen: das zu verbieten, hat sich bis jetzt noch keine Mehrheit von Eigenthumsfanatikern gefunden. Die preussischen Landmonopolisten aber haben das Unerhörte fertig gebracht. Fürderhin darf das beschloßlose Volk Wald und Flur, Wiese und Feld, Bäume und Sträucher, Bäche und Teiche seines „Vaterlandes“ nur mehr von der Entfernung ansehen. Der Eintritt in den Wald, das Abbrechen von Pflanzen und Zweigen, jeder Schritt vom Weg, das Baden in „fremden“ Wässern — alles, alles ist bei strengen Strafen verboten!

Und wie die Dinge liegen, ist es ganz gut so. Die erste Bedingung der Befreiung ist die Erkenntnis der Knechtschaft. Diese aber fehlt im großen Ganzen dem deutschen Volke noch vollständig. Wenn aber erst jedes Blatt unserer Wälder und jeder Grashalm unserer Wiesen die Marke seines „Eigenthümers“ trägt, wenn hinter jedem Baum und aus jedem Busch ein Polizeidiener hervorguckt und jeder Rund voll Wasser und jeder Athem-

werden, für welche er stritt und litt. Sein erstes Werk war eine Schrift: Ueber die Nothwendigkeit des Atheismus.

Unser Buch beginnt mit seinem Hauptwerke „Königin Mab“. In diesem längeren Gedichte wird in entzückend schöner Form die Reise einer idealen menschlichen Seele mit der Reenkönigin Mab in die Weiten des Himmels, wo das Treiben des Menschengeschlechts aus der Vogelschau betrachtet und einer eingehenden Kritik unterzogen wird. — Wer Gedichte nicht gern liest (wir sind jedoch überzeugt, daß dieses Gedicht Jeden entzücken wird), dem empfehlen wir das eingehende Studium der nun folgenden Anmerkungen, welche Shelley zur „Königin Mab“ geschrieben und aus welchen wir zur Charakteristik Shelleys und zur Empfehlung seiner Schriften folgende Auszüge anführen:

„Es gibt keinen wahren Reichtum außer der Arbeit des Menschen. Wären die Berge von Gold und die Thäler von Silber, so würde die Welt nicht um ein Geringeres reicher sein; nicht ein Vortheil würde der Menschheit daraus erwachsen. In Folge des hohen Werthes, den wir den edeln Metallen beimessen, ist ein Mensch im Stande, sich auf Kosten der Lebensbedürfnisse seines Nächsten mit Luxus zu umgeben — ein System, das wunderbar geeignet, all die mannichfachen Arten von Krankheit und Verbrechen hervorzubringen, welche jederzeit die beiden Gegensätze von Reichtum und Armuth charakterisiren.“

„Die Armen werden veranlaßt, zu arbeiten — wofür? Nicht für das Brod, nach dem sie hungern; nicht für die Decken, deren Mangel ihre Säuglinge in der Kälte ihrer elenden Hütten erfrieren läßt; nicht für jene Bequemlichkeiten der Zivilisation, ohne

zug frische Luft erst von seinem „rechtmäßigen Besitzer“ erbeutet oder erkauft werden muß, wenn das Volk auf Schritt und Tritt fühlt, daß es in seinem eigenen „Vaterlande“ besch- und rechtlos ist, daß die Menschheit an der Mutter Erde keinen Theil hat und daß alles auf ihr, alle Güter des Lebens sich nur im Besitz einiger weniger Usurpatoren befinden: dann wird sich wohl endlich die Ueberzeugung von dem verkehrten Wahnsinn des Privateigenthums an den Produktionsmitteln in die weitesten Kreise Bahn brechen. Und von der allgemeinen Erkenntnis der Gemeinshädlichkeit dieser Institution ist zur Bekämpfung und Ausrottung derselben nur ein Schritt. Deshalb begrüßen wir dieses wie jedes Klassengesetz, und zwar um so freudiger, je drückender und erbitternder es wirken muß. Je mehr böse Wetter sich ansammeln, desto gewaltiger der Niederschlag, desto näher und gründlicher aber auch die Reinigung!

— Ein weiteres Klassengesetz schlimmerer Sorte ist das eben in Berathung befindliche und in seinen Hauptbestimmungen zweifellos zur Annahme gelangende Dienstbotengesetz. Es mangelt uns heute der Raum, auf die Bestimmungen desselben weiter einzugehen und versparen wir uns Weiteres deshalb auf ein andermal. Wie dasselbe beschaffen ist, wird man sich indessen nach den bisherigen Leistungen des Landtags leicht vorstellen können. Zur Charakteristik desselben genüge einstweilen, daß der Kontraktbruch (aber natürlich nur, wenn er vom Dienstboten ausgeht) strafrechtlich verfolgt wird, daß der seinen Dienst „widerrechtlich“ verlassende Diensthote seinem „Herrn“ polizeilich wieder zugeführt werden und „unbotmäßiges“ Gesinde auf Antrag der „Herrschaft“ ohne weiteres Urtheil eingesperrt werden kann. — Als Ergänzung soll sich an diese Gesindeordnung demnächst noch eine gesetzliche Regelung der Dienstverhältnisse der ländlichen Arbeiter schließen, in welcher der Herrenübermuth noch größere Orgien feiern wird. So soll als Entlassungsgrund u. A. ein Liebesverhältnis des „Knechtes“ oder der „Magd“ mit einem Angehörigen der Familie des Dienstherrn oder dessen Beamten gelten! Natürlich, Herr und Knecht sind ja zwei ganz verschiedene Menschenrassen und der nähere Umgang der einen mit der andern kann der „höheren“ nur Unehre bringen. Mecht's Euch, Knechte!

— Die Nothstände bilden jetzt in Deutschland trotz der Abneigung der herrschenden Klasse, sich mit derartigen unangenehmen und gefährlichen Fragen zu befassen, ein stehendes Gesprächsthema in den Landtagen; das auf die Spitze getriebene Elend schreit eben zu laut, als daß es weiter vertuscht werden könnte. Wirkliche Abhilfe aber wird von unsern Pseudo-„Volksvertretungen“ natürlich Niemand verlangen, da man der herrschenden Klasse nicht wohl einen überlegten Selbstmord zumuthen kann; denn einen solchen, eine Abschaffung des privaten Reichtums setzt die Unterdrückung der Armut und des Elends nothwendig voraus. Kleine Mittel zur Unterstützung, zur Fristung des Lebens und der Erwerbsfähigkeit der betreffenden Bevölkerung — das ist's, was im besten Fall vom heutigen Staat erwartet werden kann. Das beweisen die durch die schon früher erwähnte Petition der nothleidenden Weber des Erzgebirges hervorgerufenen Verhandlungen des sächsischen Landtages über dies Thema. Wohl war man gezwungen, den schrecklichen Nothstand in wenigstens 12 Distrikten und die Ausichtslosigkeit der Lage der dortigen durch die Konkurrenz der Maschinenweberei ruinirten Weberei anzuerkennen, ja es wurde sogar konstatiert, daß die Verhältnisse noch schlimmer sind, als sie die Petition schilderte, indem bei vielen Webern der wöchentliche Verdienst bis auf 2—6 Mark gesunken ist, wovon 4—7 Menschen zu ernähren sind! Trotzdem aber fanden die sozialistischen Ausführungen Liebknechts nur taube Ohren; man schob alle Schuld von sich auf das böse „Schicksal“ und war nur bestrebt, sich mit einem nothgedrungenen Almosen über die Verlegenheit hinwegzuseifen, indem man die Regierung zu Erhebungen und Kredit-Forderungen zur Unterstützung des nothleidenden Landestheiles aufforderte. Und auch dies (für die Hungernden allerdings ein klein wenig besser als nichts) ist nur den sozialistischen Abgeordneten zu danken, ohne welche die Sache wohl einfach todgeschwiegen worden wäre. Bei einer ähnlichen Sache im bairischen Landtag, wo die herrschende Klasse noch ganz „unter sich“ ist, kam es nicht einmal soweit und der einzige greifbare Vorschlag, welcher sich ergab, war der eines Pfaffen: daß jeder Jude, welcher sich im Speerart sehen lasse, todgeschlagen werden müsse, weil die Juden allein Schuld an allem Elend seien. Wer kann von solchen Menschen eine Verbesserung der heutigen Zustände erwarten? Kein vernünftiger Mensch. Sie kann nur von dem zum Bewußtsein seiner Lage gekommenen Volk selbst kommen.

welche der zivilisirte Mensch weit elender ist als der niedrigste Wilde, da er von all ihren tückischen Uebeln erdrückt wird, während man ihm täglich den verhöhnenden Anblick ihrer zahllosen Wohlthaten vor Augen stellt; — nein, für den Hochmuth der Gewalt...

„Die Einträglichkeit einer Beschäftigung steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Nützlichkeit. Die unnütze Thätigkeiten erndten Ehre und Reichthum, während zum Beispiel der Behauer der Erde, ohne den die Gesellschaft aufhören muß zu bestehen, mit Verachtung und Armuth kämpft. Die Arbeit ist zum körperlichen, die Mühe zum geistigen Fortschritte nöthig: von der ersteren sind die Reichen, von der letzteren die Armen durch die unvermeidlichen Bedingungen ihrer Lage ausgeschlossen. Ein Zustand, welcher die Vortheile beider vereinigte, wäre den Uebeln keiner von beiden unterworfen.“

„Der Reichtum ist eine Macht, welche die Wenigen usurpirt (unrechtmäßig angeeignet) haben, um die Vielen zu zwingen, für ihren Vortheil zu arbeiten. Die Gesetze, welche das System stützen, schäpfen ihre Kraft aus der Unwissenheit und Leichtgläubigkeit ihrer Opfer; sie sind das Resultat einer Verschwörung der Wenigen gegen die Vielen, welche selber genöthigt sind, diese Verschwörung durch den Verlust aller wahren Zufriedenheit zu erkaufen. Würden die zur Erhaltung des Menschengeschlechts nothwendigen Arbeiten gleichmäßig unter Alle vertheilt, so wäre der Antheil jedes Menschen an der Arbeit leicht und seine Ruhezeit groß.“

(Schluß folgt.)

—an. **Berlin**, 29. Januar. Wenn irgendein neues angelegtes oder wirkliches Heilmittel entdeckt wird, so führt in die Menschheit eine förmliche Wuth, alle und jede Krankheit mit diesem Remedium zu kurieren: es kommt in die Mode und beherrscht die Menschheit mit der ganzen Tyrannei derselben. Ganz dasselbe ist der Fall in der Politik, und speziell bei uns besteht das jetzt moderne Mittel auf Sozialismus. Bis jetzt wies man nur Sozialisten aus und in der öffentlichen Meinung hatte sich trotz der deutlichen Gesetzesbestimmung über den Verlagerungsstand die Ansicht festgesetzt, daß die Ausweisung überhaupt nur gegen Sozialisten verhängt werden könne. Diese Ansicht ist nun durchbrochen worden durch zwei letzter Tage gemachte Ausweisungen. Die Polizei glaubte nämlich, daß sich die Ausweisung nicht nur gegen Sozialisten, sondern auch gegen gemeine Verbrecher mit Erfolg anwenden lasse. Sie wies nämlich zwei mit dem Sozialismus absolut außer jedem Zusammenhang stehende Geschäftsleute (einen Barbier und einen Wollenswarenfabrikanten) aus, welche früher längere Haftstrafen erlitten hatten, und kann sich dabei mit Bezug auf § 28 Abs. 3 des Sozialistengesetzes berufen, welcher der Polizei das Recht gibt, „Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten ist“, den Aufenthalt in den betr. Bezirken oder Ortlichkeiten zu versagen und wonach diese Befugniß sich nach einem Reichsgerichtsurtheil auch auf Einheimische erstreckt. Wer weiß, ob nicht eher kurz oder lang auch Fortschrittsmänner und weiter noch andere Oppositionelle die Annehmlichkeiten des Verlagerungsstandes kennen lernen werden. Es ist noch nicht aller Tage Abend!

Auch zwei Renaudierungen von Sozialdemokraten sind wieder zu melden: die des (verheirateten) Tischlers Pege und des Cigarrenmachers Windhorst. — Wie ich erlaube, soll die projektirte Hochverrathsklage in der famosen Geheimdruckerei-Affäre zurückgezogen sein und Werner lediglich auf Grund des Sozialistengesetzes angeklagt werden. Uebrigens soll sich auch herausgestellt haben, daß Werner keinerlei Verbindungen mit russischen Sozialisten hatte, sondern ganz auf eigene Faust handelte. — Uebrigens hat das sensationellste Bourgeoispublikum für das schnell in Nichts zerrennende nihilistisch-sozialdemokratische Verwilderungsbündnis bereits wieder ein anderes Scheuderthema als Ersatz. Gelegentlich einer Rederhe in der Wohnung eines hiesigen Kaufmanns fand ein Polizeibeamter nämlich auf einer Kommode ein Artilleriegeschütz, ein sog. Schrapnell mit Kugelhülse und Schwefelzinn — jedoch ohne Sprengladung —, das der Betreffende vermuthlich der Kuriosität halber, vielleicht sogar aus Nordpatriotismus, aufbewahrt. Trotzdem schien aber die Sache gefährlich genug, daß das Geschütz beschlagnahmt und eine großartige Untersuchung eingeleitet wurde. Selbstverständlich wird der Kaufmann wegen Uebertretung des Sozialistengesetzes verurtheilt; denn auf den Besitz von Waffen aller Art will sich der Staat allein das Monopol gewahrt wissen, wie er sich allein das Recht des Werdens zugerechnet!

Sinkt ist von nichts als Noth und Elend zu erzählen. Selbstmord- und Entbehrungstodesfälle sind etwas Alltägliches. Kürzlich kam in einem bejammernswürdigen Zustand, nur noch dürftig bekleidet und halb ohnmächtig vor Hunger und Kälte, Abends ein etwa 50 Jahre alter Mann in eine „Brenn“ und bat um Aufnahme. Obwohl er das Schlafgeld von 10 Reichspfennig nicht entrichten konnte, wurde ihm in einem Stall eine Schlafstätte angewiesen, die er auch aufsuchte. Als er des andern Morgens geweckt werden sollte, fand man, daß der Mann eine Leiche war. Aus bei ihm vorgefundenen Papieren ging hervor, daß der Unglückliche ein früherer wohlhabender Kaufmann Namens Gottlieb B. aus Kitzau bei Groß-Glogau war. Vergangenen Sonntag erkrankte er an Typhus. Auf einem Brett hatte er, mit Kreide geschrieben, hinterlassen, daß Arbeitslosigkeit ihn in den Tod getrieben, und so fort. — Andere Jucken der Noth wieder auf andere Weise zu entgehen. So fand kürzlich vor dem hiesigen Landgericht I ein alter Mann, der S. Irgelfelle Wollendauer. Derselbe, schon wiederholt wegen Landstreicherei bestraft, sollte am 11. Novemb. er v. S. wiederum im Landarmenhaus zu Straßburg internirt werden. Die Verwahrung verweigerte jedoch seine Aufnahme, weil der Angeklagte das 65. Lebensjahr bereits überschritten hatte. M., der auch in seiner Vaterstadt Schwedt a. D. keine Aufnahme mehr gefunden, sah sich nun des ersehnten Obdach im Korrekthaus beraubt. Um nicht auf der Straße zu verhungern oder zu erfrieren, beging er das erwähnte „Verbrechen“ was ihn zunächst in Untersuchungshaft und schließlich auf die Anklagebank brachte. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängniß, auf welche die Strafkammer auch erkannte. Der Angeklagte bot zufrieden, seine Strafe sofort antreten zu dürfen!

Und während das Elend im Volk solche Früchte zeitigt, prahlt die Bourgeoispreffe, daß jüngst auf einem einzigen Ballfest in Kroll's Etablissement die noble Welt für 10,000 Mark Champagner (abgesehen von den andern Weinen) verpflegt habe. Kann es eine vernünftiger Kritik für unsere gesellschaftlichen Institutionen geben, als die trockene Aufzählung von Thatsachen?!

* **Frankfurt**, 31. Januar. Entgegen dem schmählichen Urtheil des Hannover'schen Landgerichts über Kaufmann sprach das hiesige Landgericht gestern den ebenfalls wegen angeblicher Verbreitung der „Freiheit“ angeklagten Salomon Kaufmann frei und verurtheilte den Staat zur Bezahlung der im Gefängniß aufgewandten Kosten, sowie der Kosten der Rückkehr Kaufmanns nach London. Das Gericht nahm vollkommen sachgemäß an, daß die Mitwirkung an der Fortsetzung einer in Ausland erscheinenden, wenn auch verbotenen Zeitung nicht strafbar sein könne. Voraussetzlich wird die Staatsanwaltschaft Berufung ergreifen, da dies Erkenntniß für die verfolgungslustige Regierung überaus unangenehm ist. Wir kommen auf die Sache noch zurück.

X. 3. **Verden**, 25. Januar. Wir haben ein Jahr des Stillstandes hinter uns, in welchem am hiesigen Orte für die Ausbreitung des Sozialismus nur wenig gethan worden ist; ja es herrschte eine Zeitlang eine Laune, die den Anschein erweckte, als habe das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie gelähmt. Jedoch erklärt sich dies dadurch, daß wir nach Einführung des Sozialistengesetzes die Taktik befolgten, uns die erste Zeit ruhig zu verhalten, damit die Polizei ihren ersten Feuereifer erst austobe, welche Taktik sicherlich auch die richtigste war. Andererseits brachte sie freilich die schlimme Folge mit sich, daß das Ausruhen zur Gewohnheit zu werden drohte; denn es ist leichter in den Schlaf, als aus ihm zu kommen. Indessen gab es doch auch — außer durch die ausländische Presse — bisweilen Ereignisse, welche eine Bewegung unter die Genossen brachte, und wirkten hier namentlich die polizeilichen Hausdurchsuchungen günstig. Doch sind letzter Zeit leider auch diese weniger geworden, weil sie für die Polizei resultatlos ausfielen, indem ein Sozialdemokrat so einem dummen Polizeisergeanten leicht eine Nase dreht. Mit Beginn dieses Jahres aber kam plötzlich ein reges Leben unter die hiesigen Genossen und Arbeiter. Am Neujahrstage wurden als Neujahrsgruß unserer Partei hunderte von sozialistischen Flugchriften vertheilt, zum großen Schrecken und Aerger der Bourgeois, Ausbeuter, Pfaffen u. Dafür riefen unsere Flugchriften aber bei den Arbeitern desto größere Freude hervor. Sahen sie doch, daß es trotz aller Ausnahmegesetze und der schwärzesten Reaktion in Deutschland noch immer Leute gibt, welche sich die Wahrheit zu sagen und für die Interessen des gedrückten arbeitenden Volkes einzusetzen getrauen. Der Erfolg dieser Agitation unter den Arbeitern für unsere Prinzipien ist, gerade angesichts der gegenwärtigen Noth, ein sehr bedeutender und er wird auch ein dauernder, fortwährender sein. Bei den Gegnern mag die Ueberraschung nicht gering gewesen sein, da die Schwachköpfe die Sozialisten für längst todt hielten, während sie doch jetzt ein so deutliches Lebenszeichen von ihnen erhielten. Bei den Gesinnungsgenossen aber hat sie eine große Begeisterung hervorgerufen.

Raum hatte sich die Aufregung etwas verringert, da kam ein neues Ereigniß, das zur weiteren Anfeuerung für die Sozialisten

diente. Unsere gute Polizei, der ich eben den Vorwurf machte, daß sie nachlässig geworden sei und nicht mehr wie früher für uns wirke, ersahte nämlich eine gute Gelegenheit, ihre Verschämniß wieder nachzubolen. Es hielt sich hier ein Schweizer, Namens Freudiger, auf, der bei der Polizei bald als Sozialist bekannt wurde. Als bei einer Hausdurchsuchung im Privatbesitz Freudiger's mehrere sozialistische Schriften gefunden wurden, da warnte ihn die Polizei, daß er unsehbar ausgewiesen würde, wenn er sich ferner an „sozialistischen Experimenten“ betheiligte; die vorgefundenen Bücher aber wurden rechtswidrig konfisziert. Freudiger beschwerte sich nun bei der Aufsichtsbekörde, welche die Beschwerde jedoch nicht berücksichtigte, worauf Freudiger Berufung an das Ministerium ergriff. Nach längerer Zeit, den 11. Januar, erhielt F. endlich Antwort durch die hiesige Polizei, welche ihm eröffnete, daß seine Beschwerde von dem Ministerium als berechtigt anerkannt sei, weshalb er hiemit seine Bücher zurück erhalte. Aber zugleich wurde ihm eröffnet, daß die Vermuthung nahe liege, daß er noch in sozialistischem Sinne thätig wäre, weshalb er als Ausländer ausgewiesen werde! Nun, der eigentliche Grund von Freudiger's Ausweisung liegt klar zu Tage: er hatte das Sozialistengesetz nicht verlegt; aber er mußte fort, weil er sein Recht verlangte! Derlei ist in einem Polizeistaate untergeordnet — da hat man nur zu gehorchen. Als dieser gemeine Polizeistreich bekannt wurde, entstand unter den Gesinnungsgenossen eine große Aufregung, denn Freudiger war ein tüchtiger und beliebter Gesinnungsgenosse. Aber diese Aufregung führte nicht zur Entmuthigung, wie die Polizei vielleicht gehofft hatte; im Gegentheil, durch die Erbitterung wurden die trägen Genossen angeregt. Es wurde dem Ausgewiesenen eine Unterstützung zu Theil, wie wir sie hier noch für keinen Genossen hatten aufzureden können; einer wollte noch lieber thätig für ihn sein, wie der andere und jeder wollte bei seiner Abreise ihm noch eine Gefälligkeit erweisen. Und obgleich die Polizei befohlen hatte, daß jede Demonstration unterbleiben solle, so hatten die Gesinnungsgenossen den Morgen vor seiner Abreise sich ungefähr 100 Mann stark mitten in der Stadt in einem Lokale zusammengefunden, von wo F. in seine Wohnung geeilt wurde, um seine Frau abzuholen. Auf dem Bahnhof hatten sich während dessen außer diesem Geleite noch zahlreiche Genossen und deren Frauen und Neugierige eingefunden, so daß der Perron überfüllt war. Und als Freudiger in den Zug stieg, wurde ihm ein Sängergruß gebracht und auf ihn und seine Frau ein dreifaches Hoch, sowie auf die Sozialdemokratie ein rauschendes Hurrah gebracht. Alles dieses ist ein Beweis dafür, daß die hiesigen Genossen durch dieses Polizeistückchen nicht entmuthigt worden sind; ja wir sind fest überzeugt, ein solcher Opfermuth und eine solche Begeisterung hätte sich der Genossen ohne die gute Polizei nicht bemächtigt und wenn die Polizei so fortfährt, verpflichtet dieses Jahr gut zu werden. Unser Lokalblättchen, das „Verdener Anzeigerblatt“ — ein miserables Abklatschblatt, dessen Verleger nicht einmal im Stande ist, die Scheerenarbeit selbst zu leisten, sondern sich dazu eines Mannes bedient, der von Glück jagen kann, daß man ihn übersehen hatte, als man damals auf Grund der Maigesetze die Jesuiten auswies — stellte gelegentlich der Ausweisung die naive Frage: ob F. wohl freudig Deutschland verlassen. Als ob es Einem schwer werden könnte, einen Staat zu verlassen, der sich immer mehr in eine große Kaserne umwandelt, wo Armuth, Vettelei und Verbrechen epidemisch werden, wo das Recht mit Füßen getreten wird, der Gründerichwindel blüht, und der Hungertyphus auf der Tagesordnung steht! Das eine, was ihm am Herzen liegt, das Bewußtsein, daß es einmal und in nicht zu ferner Zeit besser wird, das nimmt er mit nach der Schweiz!

× **Mannheim**, 17. Januar. Auch wir fühlen uns verpflichtet, unsere Ansicht über die in neuerer Zeit so viel besprochene Taktik der Partei kundzugeben und zwar einerseits, um unsern gewählten Vertretern zu wissen zu thun, daß auch wir die Wege, die sie eingeschlagen, für die richtigen halten, andererseits, um der „Freiheit“ zu beweisen, daß sie, trotzdem wir sie jetzt bereits ein ganzes Jahr unparteiisch gelesen, nicht im Stande war, uns zu ihrem nagelneuen Abstentions- und Aktions-Evangelium zu bekehren. Es verräth eine totale Unkenntniß unserer Bewegung — um nicht mehr zu sagen —, gleich der Redaktion der „Freiheit“ zu behaupten, die deutschen Sozialisten ständen nicht mehr auf dem Boden, auf dem wir früher gestanden, und wir seien jetzt, da die Zeit für uns ernster wird, „zu feig“, um mit allen Kräften für unsere Prinzipien zu kämpfen; oder wenn man ferner glaubt, die Betheiligung an den Wahlen verleihe das Volk zu dem Wahne, daß unsere Prinzipien nur durch das Parlament verwirklicht werden könnten. Wir bleiben bei der Ansicht, daß wir uns so lange an den direkten Wahlen selbstständig betheiligen sollen, als wir an Zahl im Verhältnis zu unsern Gegnern Fortschritte zu verzeichnen haben oder unsere alte Stellung behaupten können, und zwar nur aus agitatorischen Gründen. Daß wir uns aber mit Erfolg an den Wahlen betheiligen können, das haben wieder die vergangenen Wahlen bewiesen, und können wir mit Bestimmtheit sagen, daß wenn die nächste Wahl an uns herantritt, nicht nur die Partei im Allgemeinen, sondern auch wir hier neue Fortschritte aufzuweisen haben werden. Und nicht allein bei der Reichstagswahl werden wir unsere Stimmenzahl vermehren, sondern auch bei den Stadtverordnetenwahlen werden wir die Anzahl unserer bis jetzt gewählten Vertreter mindestens verdoppeln. Daß das Volk durch unser Wählen nicht irre geführt und falsch erzogen wird, dafür werden die deutschen Sozialisten trotz Verschärfung des Ausnahmegesetzes schon zu sorgen wissen! Mögen die Begründer der „Freiheit“ daher recht bald zu der Einsicht gelangen, daß sie durch ihre Polemik gegen unsere Vertreter — welche uns sehr empört hat, wie z. B. die unqualifizirbaren Äußerungen über Liebknecht und andere Genossen gelegentlich der „Eidfrage“ — unserer Bewegung einfach nichts nützen, sondern ihr nur Schaden, und darnach handeln.

Bei dieser Gelegenheit fühlen wir uns veranlaßt, zu erwähnen, daß der Korrespondent von der Vergstraße (? oder sitzt er in London?) in Nr. 1 der „Freiheit“ vollständig falsch unterrichtet ist, wenn er glaubt, das Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“ sei uns zu „schal“. Seine Umschau „nach dem Eindruck der Offiziellen von Zürich“ kann nicht weit her sein, denn kein Abonnent der beiden Blätter sowohl, als auch kein bekannter Genosse weiß etwas davon. Wir weisen das einfach zurück! Ein Mannheimer Genosse im Namen vieler.

w. n. **Aus Schwaben**, 17. Januar. Obgleich in Nr. 8 und 12 schon Korrespondenzen aus Schwaben erschienen sind, die theilweise unser Partelleben und die Lage der unteren Volksklassen beleuchteten, so finde ich mich doch veranlaßt, auch das Meinige dazu beizutragen, die Schäden, an denen unser Partelleben krankt, nach einer anderen Seite hin aufzudecken. Da ist es zuerst meiner Ansicht nach ein großer Fehler, warum unsere Partei noch nicht gehörig erstarbt ist, daß die Genossen fast immer und überall der sogenannten Volkspartei den Vortritt überlassen. Der Grund, warum das geschieht, ist wohl hauptsächlich in der noch stark verbreiteten, ganz unrichtigen Ansicht zu suchen, als sei die Volkspartei das geringere von zwei Uebeln, und man müsse sie deshalb thunlichst bei den Wahlen unterstützen, auf ihre Blätter abonniren und dieselben möglichst zu verbreiten suchen. Als ob die Volkspartei als politische Partei überhaupt existirte und nicht lediglich ein Scheinleben fristet! Von Demokratie ist keine Spur in ihr vorhanden, ausgenommen vielleicht theilweise die einzelnen Organe, die sich aber größtentheils nur mit Ach und Krach über Wasser halten können und die, während sie im politischen Theil nicht genug zu zehren wissen, über die Schwindeln und über die Gefinnungslosigkeit der nationalliberalen Volksvertreter, gleichzeitig im Anoncentheile spaltenlange Empfehlungen und Reklamen für jeden Schwindel abdrucken, die heute den schmählichen Geheimmittelschwindel bei seinem wahren Namen nennen, morgen im Anoncentheile die Dr. Kyr'sche Schrift und seine Heilmethode preisen — natürlich für Geld. Gehe man doch hin in die Städte, in welchen sogen. Demokraten in den Rathhäusern sitzen, und frage nach, ob irgend ein Unterschied zu finden ist zwischen den „Preußen“ und den Volksparteilern, und man wird finden, daß es höchstens der ist: daß die sogen. Preußen ihren Wählern weniger Freiheit und Verbesserungen versprochen, sie also weniger täuschen, während auf der „demokratischen“ Seite regelmäßig die Versprechungen, die den Wählern gemacht wurden, auch gebrochen wurden. Oder aber: man frage nach, ob die Ausbeutung des Arbeiters und Lehrlings nicht hier wie dort raffinität betrieben wird, ob — und das möge jeder Parteigenosse bedenken — die Volkspartei unsere Wahlvorschläge unterstützt, oder ob sie nicht fast regelmäßig ebenso oft Front macht gegen uns, wie die „Preußen“? Wozu uns denn immer nach dieser nichts weniger als demokratischen Partei richten?

Antwort: sie hat, weil sie der bestehenden Klasse oder doch wenigstens dem Mittelstand zuzählt, die Mittel, um die Wahlkämpfe so bezahlen zu können, und es ist so schön, Nichts mehr für unsere Parteizwecke leisten zu dürfen. Ueberhaupt steht es in letztem Punkte bei uns vielfach so faul, daß ich nicht vorbei segeln kann, ohne dies konstatirt zu haben. Mit Ach und Krach wurden für Inhabitorie die wenigen Mark zusammengebettelt — ich weiß keinen anderen Namen dafür. Einzelne Genossen sind es gewesen, die immer und immer wieder Opfer brachten und es heute noch thun, während die Mehrzahl und nicht die am wenigsten Bemittelten einfach „sparten“. „Ja, ich muß sparen“ mit diesem Trost konnte der Beitragsammler abziehen, oder: „3'erste muß' g'reffe han!“

Es ist das freilich ein heikler wunder Punkt, er ist aber wahr und bewegen heraus damit. Soll es in Schwaben besser werden, so muß nicht bloß die alte Opferwilligkeit wieder kehren, sondern sie muß noch bedeutend wachsen, damit wir zur nächsten Reichstagswahl nicht ungewappnet sind, und damit auch an uns herantretende Gemeindeväheren uns mit einer ergiebigen Kriegskasse versehen finden. Indem ich diese ernste Warnung erlasse, spreche ich dabei zugleich auch denjenigen Genossen meinen Dank aus, welche seither fest auf den Schanzen standen und die oft einzig und allein die Mittel beisteuerten, um uns die Agitation im Geheimen nicht ganz eingrieren zu lassen.

Die Volkspartei aber soll in uns stets und immer ihren Gegner finden — bis sie demokratisch wird. Es ist dieß nicht allein meine persönliche Ansicht, ich habe sie schon (und speziell erst in der neuern Zeit wieder in dem gänzlich parteilosen Blatte „Das Vaterland“) häufig vorgefunden. Denke Jeder ein paar Jährchen zurück, vielleicht findet er in seinem Hirnkasten die Bestätigung des Obigen. Jedenfalls muß aber für die Agitation — und die letztere ist, richtig angepaßt, gar nicht so gefährlich — mehr geschehen wie bisher; leider drückt sich so Mancher um die Ecke mit der Behauptung: „Wirklich kann man nichts thun, es ist ja Alles verboten!“ Nun, eben gerade weil „Alles“ verboten ist, muß es geschehen; wir werden doch nicht so feig sein, bloß das zu thun, was erlaubt ist?!

Scheeren wir uns den Teufel darum, was Alles verboten wird und lassen wir die deutsche Postbehörde immer unsere Preßerzeugnisse verbreiten. Und an letzteren fehlt es nicht, so wenig als an Leuten, die verdammt froh sind, nur so ein verbotenes Blatt zu erschaffen. Unser oberster Grundsatz bleibe dabei eben: Laß dich nicht erwischen und letzteres kann bei einiger Klugheit un schwer vermieden werden. Also frisch ans Werk!

Frankreich.

— **Paris**, 29. Januar. Die Affäre des von der „republikanischen“ Regierung dem russischen Zarenthum zu Liebe ausgewiesenen Sozialisten Klissoff aus Nizza geht doch nicht so unbemerkt und ungerügt vorüber, wie es unser „liberales“ Kabinet wohl wünschen möchte. Wir, die Freunde Klissoff's, haben die skandalöse Geschichte an die Öffentlichkeit gebracht, indem wir den Hergang an die meisten Pariser Blätter berichteten. Aber die „radikalen“ Organe haben unserm Drängen, sich der Sache Klissoff's anzunehmen, erst nachzugeben, nachdem wir sie zu wiederholten Malen aufgefordert hatten. Und auch dann haben die meisten derselben, ihrer Gewohnheit gemäß, die Sache sehr oberflächlich, ich möchte fast sagen in wipelnem und tänzelndem Tone behandelt. Eine lobenswerthe Ausnahme hiervon hat — außer unsern Parteiblättern natürlich — nur die „Lanterne“ gemacht. Diese, mit der wir uns sofort in Verbindung gesetzt haben, hat sich des Ausgewiesenen mit Feuereifer angenommen. Seitdem wir die „Lanterne“, deren politischer Einfluß ein bedeutender ist, zur Bundesgenossin im Kampfe wider die Präfecten (ich wollte fast sagen Saitrapen-) Willkür rechnen dürfen, haben wir gute Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Klissoff'schen Frage. Wenn nicht alle Anzeigen trügen, so kommt wohl die Sache bald in Form einer Interpellation vor's Parlament. Welchen Ausgang die Debatte dort nehmen wird, muß bei der bekannten servilen Natur der Linken fürs erste dahingestellt bleiben. Soviel aber steht schon heute fest: künftig werden sich die Herren Präfecten

wohl oder übel zweimal umsehen, ehe sie einen Sozialisten, bloß weil er Sozialist ist, über die Grenze speidiren. Man mag noch so sehr Präsekt sein, man liebt den Lärm nicht und eine Abberufung hat doch ihre Unannehmlichkeiten!

Seitdem die „Lanterne“ den Kampf gegen den Nizzaer Präsekt eröffnet, hat dieser vollends den Kopf verloren. Gestern ließ der Präsekt Braucion bei Madame Klissoff und ihrer Hebamme Hausführung machen, um zu erfahren, ob erster e wirklich so krank gewesen ist, wie die Blätter berichten! Dieses schmachvolle Gebahren der französischen Regierungsbeamten darf aber trotz seiner Gemeinheit nicht allzusehr Wunder nehmen: ist doch auch der Abgott der französischen Bourgeoisie, der Heiligste unter den Heiligen, das Muster aller „liberalen“ und „edlen Republikaner“, Thiers, seiner Zeit beflissen gewesen, bei der Herzogin v. Berry Hebammendienste zu leisten. Thiers a fait école, und der Nizzaer Präsekt folgt hierin bloß der Tradition der „großen“ französischen Regierungsmänner. Wahrlich, die Moral der herrschenden Klassen aller Länder steht so tief, daß sie kaum mehr niedriger sinken kann.

Friedrich Stadelberg.

Italien.

* Sollte man es für möglich halten — schreiben die „Estatunis d'Europe“ —, daß ein besonderes Rundschreiben des Ministeriums den Präsekten vorschreibt, die Auswanderung zu verbieten und auf jede mögliche Weise zu hindern? Den Armen, welchen man weder Arbeitsverdienst noch Unterstützung sichern kann, und denen, wenn sie nicht Hungers sterben, sich selbst umbringen oder sich durch ein Verbrechen Unterkunft in einem Gefängnis verschaffen wollen, gar kein anderer Weg übrig bleibt, als ihr herzloses „Waterland“ zu verlassen und sich eine neue Heimath zu suchen, — auch noch diesen letzten friedlichen Ausweg zu versperren, ist eine absurde Brutalität. Oder will man etwa die italienischen Proletarier zu einer gewaltsamen Erhebung zwingen? Jedenfalls gäbe es dazu kein geeigneteres Mittel. Es ist ohnehin schon genug Bündstoff angehäuft auf der Apenninhalsinsel und vergeht fast keine Woche, wo es nicht da und dort zu Ausbrüchen der Verzweiflung des hungernden Volkes kommt, bei welchen das republikanische Element zusehends wächst.

Auch die Ablehnung der Abschaffung der überaus drückenden und verhassten Wahlsteuer seitens des Senates muß die schon bestehende Erbitterung des Volkes gegen die drückende Klassenherrschaft außerordentlich vermehren. Seit dem Juli 1868 bis zum August 1879 hat diese Steuer den 22 Millionen Italienern, welche nicht genug Polenta oder schwarzes Brod zu essen haben, nicht weniger als 120 Millionen Lire jährlich aus der Tasche genommen. Und doch sind von diesen 1320 Millionen Lire nur 682 wirklich in den stets leeren Staatskassat geflossen, während das Uebrige durch die Einhebung der Steuer von einer Anzahl von großen und kleinen Zöllnern und Bütteln verschlungen wird. Wenn man hiezu noch die zahllosen sonstigen Steuern und die elenden Erwerbs- und Lebensverhältnisse namentlich der Landbevölkerung rechnet — kann es da Wunder nehmen, wenn alljährlich über 130,000 Italiener in die Weiße Welt ziehen? Und bedarf es bei solchen Verhältnissen erst „Wahlereien gemessenloser internationalistischer Agitatoren“, um das arme, bedrückte Volk zum Aufruhr zu treiben, oder ist es nicht vielmehr eher zu verwundern, daß das Volk noch so viel Geduld hat und es nicht längst zu größeren Erhebungen gekommen ist?

Großbritannien.

* Trotz aller Bemühungen der Regierung und der tonangebenden Presse, die Mißstände in Irland todzuschweigen, resp. die Sache so darzustellen, als ob alles ganz in Ordnung und die auf der grünen Insel herrschenden Unruhen lediglich durch böswillige Wähler und räuberisches Gesindel hervorgerufen wären, beginnt sich die öffentliche Meinung Großbritanniens doch mehr und mehr mit den irischen Zuständen zu befassen und sie mit etwas weniger Vorurtheil zu beurtheilen. Am 24. Januar hielt das liberale Parlamentsmitglied John Bright in Birmingham eine Rede, welche ein vollständiges Zugeständnis der Berechtigung der Bestrebungen der irischen Landreformliga ist. Die Irländer — sagte Bright — sind notorisch bedrückt und daher illoyal; letzteres mit Recht, da sie seit Jahrhunderten tyrannisiert und ausgeplündert werden. Infolge der systematischen und grandiosen Landdiebstähle Englands befindet sich der größte Theil des Landes in den Händen von wenigen Personen und zwar von Nichtirländern. Von den 20 Millionen Acres Irlands gehören 6 1/2 Millionen, also gerade der dritte Theil des Gesamtareals 292 Personen; 744 Grundbesitzer haben 9,612,000 Acres inne und im Ganzen gibt es 122 Quasiherrn, von denen ein Jeder über 100,000 Morgen besitzt! Dieses Mißverhältnis wird durch verschiedene Umstände noch unerträglich gemacht. Irland hat nicht, wie Schottland und England, eine bedeutende Industrie und die ganze Bevölkerung ist in Folge dessen auf Ackerbau und Viehzucht angewiesen; ferner kommt dem Lande selbst fogut wie nichts von den Revenuen der Grundbesitzer zu gut, da diese entweder in England oder auf dem Kontinent leben und dort ihre Einkünfte verschleudern. Die Mittel zur Abhilfe, welche Bright angibt: Aufhebung der Fideikommiss, Verkauf der Korporationsländereien, Privatlandkäufe mit Unterstützung der Regierung etc., sind freilich nur kleinliche Palliative, die auf die Dauer keineswegs Besserung schaffen könnten. Aber wenn sich erst einmal die Ueberzeugung von der Unabwendbarkeit einer radikalen Aenderung der jetzigen irischen Agrarverhältnisse Bahn gebrochen, dann wird die richtige Form sich schon finden und Geltung verschaffen.

Eine treffende Darstellung der Gründe des irischen Nothstandes lieferte Dr. Mulcady in Newak in dem dortigen irischen Sympathieemtee. Nur die englische Regierung, sagte er, und nicht eine Fehlernte ist schuld an allen irischen Hungersnöthen gewesen. Die Farmerbevölkerung wird durch Marter-Renten so ausgebeutet, daß sie gezwungen wird, ihr Korn und ihr Vieh, ihre Butter und ihren Speck, ihre Hühner und Eier zu verkaufen, um die Renten zu zahlen. Die Löhne und Arbeitsverträge sind so gering, daß der Arbeiter keine theurere Nahrung als Kartoffeln kaufen kann, und daß Korn und Fleisch keinen Theil der Nahrung der Farmer bilden. Im Jahre 1847, zur Zeit der größten Hungersnoth, wurden Lebensmittel genug aus Irland ausgeführt, um die vorhandenen acht Millionen zu ernähren. Foglich hatte Irland keine Hungersnoth aus Fehlernte und hätte keine gehabt,

wenn die Irischen Selbstregierung gehabt hätten. Im Hungerjahre 1822 führte Irland für Pfd. St. 4,518,832 (90 1/2 Mill. Mark) Lebensmittel aus, und von 1821—23 den ungeheuren Betrag von Pfd. St. 16,000,000 und darüber (320 Mill. Mk.), während sonstige irische Bodenerzeugnisse bis zum Werthe von Pfd. St. 10,000,000 ins Ausland gingen, um Rente zu bezahlen. In den Hungerjahren 1808—10 betrug die Getreideausfuhr 2,170,000 Quarter (6 1/4 Mill. Hektoliter) und 1814 hatte sie den Geldwerth von Pfd. St. 3,000,000 (60 Mill. Mark), wovon das Meiste nach England ging. Die Ausfuhr von Butter in den Jahren 1812—15 betrug 440,000 Zentner à Dollar 25 — kurz, in diesen Jahren führte Irland für Pfd. St. 40,000,000 Bodenerzeugnisse aus, wovon das Meiste abwesenden Landeignern zufließt, welche es anderswo ausgeben. Dieselben Bemerkungen von der überschwenglichen Fruchtbarkeit Irlands und seiner Arbeitskraft passen auf jedes solche Hungerjahr: es war so 1757, 1753, 1741, 1734, 1728, 1672, 1546, 1497, 1433 und früher. Diese Hungersnöthe waren alle nicht durch „Ueberdüngung“, nicht durch „Heimjuchungen Gottes“, nicht durch „migrathene Kartoffelernten“ verursacht. Es gab eine Hungersnoth 1672, als die Bevölkerung bloß eine und eine Viertel Million betrug. Es gab welche zur Zeit der Königin Elisabeth, da man Korn auf dem Felde verbrannte, wie zur Zeit der Victoria, da man es in Scheunen sammelte und Alles nach England schaffte. Es gab welche, ehe man Kartoffeln kannte, wie seitdem man sie kennt. Denn Marter-Renten müssen bezahlt und abwesende Grundherren müssen müheless bereichert werden.“ Wie lang wird sich das Volk noch weiter ausdrücken lassen?

Rußland.

* In Petersburg, wo nach der Meinung und Behauptung der zarischen Polizei die Nihilisten längst ausgerottet sein sollten, hat man wieder einmal eine geheime Druckerei entdeckt. Nachdem schon am 15. Januar einer der Redakteure der „Korodnaja Wolja“ verhaftet worden war, fand die Polizei in der Nacht vom 29. zum 30. Januar gelegentlich einer Hausdurchsuchung einen Theil der Druckerei des Organs des Exekutivkomite's. Als sie an dem betreffenden Haus anlangte, fand sie die sämtlichen Eingänge verschlossen. Nachdem die Hausthüre erbrochen worden war und die Polizei eindrang, ertönte aus dem Innern ein Schuß, welchem alldann mehrere weitere Schüsse folgten. Die Polizei betrat nebst Gendarmen die genannte Wohnung und fand daselbst drei Männer und zwei Frauen vor, welche fortzuführen zu schießen, wobei ein Polizeioffizier kontusionirt wurde und einer der Einwohner sich durch einen Revolverchuß tödtete. Nach der Verhaftung der Bewohner wurde das Haus durchsucht, wobei eine Druckerpresse und eine enorme Masse der soeben gedruckten „Korodnaja Wolja“, sowie Waffen und Explosionsstoffe gefunden wurden. Auch in Moskau sollen große Mengen revolutionärer Proklamationen in russischer und polnischer Sprache, sowie 12,000 Rubel Agitationsgelber gefunden worden sein.

Es ist bei einer ausgebreiteten Agitation unvermeidlich, daß die schweifende Polizei hie und da einen glücklichen Fang macht; sie wird wohl noch manchmal in die gleiche Lage kommen, ohne daß sie deshalb im Stande ist, den Revolutionären einen Hauptschlag oder irreparablen Schaden beizubringen. Solange die Entstehungsbedingungen des „Nihilismus“ vorhanden sind, wird es der russischen Regierung ebensowenig gelingen, den Nihilismus, als der deutschen, den Sozialismus auszurotten. Im Gegentheil: in der Schule der Verfolgung einigt und stählt sich eine Partei und bereuet sich vor auf die Zeit des Handelns.

Speersaal.

Verehrliche Redaktion! In Nr. 5 der „Freiheit“ wird ein „Bernstein“ unterzeichneter Brief veröffentlicht, der anlässlich einer Korrespondenz über den Schriftsteller Werner den „Sozialdemokrat“ in ganz unqualifizirbarer Weise angreift, ihm ohne jedes Recht die sozialdemokratische Gesinnung abspricht und dem betr. Korrespondenten unterschiebt, er habe Werner als Polizeispiegel hingestellt. Bei der unsozialistischen Gehässigkeit, welche die „Freiheit“ dem „Sozialdemokrat“ von seiner ersten Nummer an angedeihen ließ, liegt mir daran zu erklären, daß ich mit jenem Briefschreiber absolut nichts zu thun habe. Ich müßte mich sehr irren, wenn hinter diesem „Bernstein“ nicht dieselbe Persönlichkeit steckt — obwohl es mir absolut unerfindlich ist, warum der Herr nicht seinen wahren Namen unterzeichnet, halte ich mich doch nicht für berechtigt, das Pseudonym des Schriftsetzer g zu lästen —, die schon 1876/77 in Leipzig sich meinen Namen beilegte und durch rastloses Gebahren mir und einem russischen Freunde sehr große Unannehmlichkeiten zuzog. Mit sozialdemokratischem Gruß!

Eduard Bernstein.

Warnung.

Robert Schönhalz, „genannt“ Alfred Kestner, Schlosser, hat sich — aus der Schweiz kommend, wohin er wahrscheinlich auch zurückgekehrt sein wird — in den letzten Wochen hier herumgerieben und verschiedene Parteinossen, sowie einen Gastwirth, der ihm bereitwillig Kost und Logis gewährt hatte, unter schwindelhaften Vorpiegelungen unverschämt betrogen. Die Parteinossen Deutschlands und der Schweiz werden vor diesem Subject dringend gewarnt.

Mürnberg, Ende Januar 1880.

Der Vertrauensmann.

Briefkasten der Expedition:

Bau! — den: Natürlich Reineids michel und nicht rieber. Der Segen traute ihm eine zu seine Kasse zu. Wir kennen Wilhelm Gewohnheiten. Steht ihn unter gewissenhafte Wirtspolizeiaufsicht, so dann man ihn beim Bier und besorgt ind s das Ausdrügige mit Mufe, denn Michel ist unbedenklich, wie seine Radruiter. — 111 — 112: Notiz erhalten. Die besitzer nur mit „Keldjäger“ überbar, der kann nicht g'sichert werden. Er nennen Sie dort einen sichern, wir werden ihn „beritten machen“ und Alles gemeinschaftl. an der „Bande“ vorbeidringen. — B. Bn.: Geld u. Pfd. erhalten. Alles abgehandelt. Über Ihr Landeshauptpostamt

will Ihren Ort nicht kennen und am Kaufgehort steht's auch so, während Ihre Briefe etc. mit demselben Ortsnamen gestempelt sind, welchen das angeblich Unbedenkliche als Adresse trägt. Sonderbar. Was nun? — W. Ka: Alles natürlich abgegangen. Die „Kerrie“ stellen neuerdings wie die „Altarhüter mit dem Posthorn“. Werden Ertrag senden, der ihnen nicht an den Fingern hängen bleiben soll. — Kaufher Rothhaut: Der weise „Kard“ kennt keine Treue? Die „Dreie“, die wir aber jst nochmals abgehandelt, soll er auch nicht kennen. Weiteres dementsprechend vorgemerkt. — Art. Krg.: Auch Ihre Lieben sind scheinbar von der kaiserlich-königlichen Langfingerrei ergriffen worden, denn abgereist sind sie sämtlich. Werden Nachschub besorgen. — O-grt. Nr. 20 erhalten. Erste Edg. durch Bänder. Weiteres nach Angabe an „1“ besorgt. Das Unse mit „5“ hoffentlich auch. — 111 — 112: Geld erhalten. Nr. 40 erhalten. Alles ohne Unterchied stets präzis besorgt. Spiegel nicht, aber früher einen sicher geglaubten intrainanten Hilfsarbeiter, der „dreißig“ genug war, (um mit General-Baum-Baum zu reden) für diesen unter der Hand einige Adressen bei uns zu mausen und so die „Freiheit“ retten zu helfen. Non olot! D'fo: unerreichtbar. Ertrag besorgt. Bf abgegangen. Konzentrisches Marschen dorthin unerlässlich. Neuer Spiesjettel erwartet. — Anselmus: Nr. 20 u. drei Pfd. erhalten. Der Ersehnte reist, wo trifft er Dich sicher? Auch D. geordnet. Pfd. am 3. d. an Dich abgeg. Best. Gruß. — Rothhaut, Dn.: Cariges besorgt, wie briefl. gewünscht. Unse's hoffentlich auch. — T. Indir.: Veränderung vorgemerkt. Gruß! — Wsch. P.: Am 30./1. Schrift abgeg. Nr. 4,10 in Ordnung. — Schp. G. Nr. 3 eingeg. Edg. 1—5 abgeg. — F3 — den: Bestelltes kostet Nr. 15. 50 franco. Wegen Kaammangel kürzgn nöthig, ebendeshalb stets möglichst gedrängte Berichte erbeten. Alles Besienliche blieb. — I. B. Ad.: Geld erhalten und Postbericht. Werden darauf zurückkommen. Verz. Dank u. Gruß. — Hfm., Kpda.: Allerdings. Fr. 2,10 u. Fr. 1,70 an „Egm.“ verrechnet, so daß Fr. 6,20 auf Ihr Konto bei uns bleiben. Weiteres besorgt wie Sie sehen. — Omnibus: Was bezahlt hat, erhält sein 1. Da seit Anbeginn prompt gefolgt und stets Ertrag für Reklamites mit darauf folgender Nummer trotz Alledem. — G. B. a. d. Bfeler: „3“ am 25. 1. reichsbüchlich abgegangen und Hogenes ebenso präzis. Hoffentlich indes engetroffen. Ertrag trotzdem veranlaßt F... E. R. erloschen. — R. E. — g'ldt: „1—4“ auf abgeg. Notiz beigelegt. Wegen Sder Adr. Nachzügler geworden. Bw-Spinnerei Ugnak (St. Gallen) liefert gut. — R. S.: Efen: Nr. 3 erhalten. Weiteres wird besorgt. — Ferdinand: Alles besorgt. Am 1. u. 3/2. Briefe an Dich abgegangen. Verz. Grüße Allen. — Barba: Theile mir bald mit, wie und wo der Besuch v. 27./1. erledigt wurde.

Arbeiterpresse.

Wir stehen mit den nachfolgenden sozialistischen oder dem Sozialismus nahestehenden Blättern in Tauschverehr und benügen dieselben zu unseren Informationen:

- Arbeiterfreund, Reichenberg (Böhmen), zweimöndentlich.
- Arbeiter-Wochen-Chronik, Budapest, deutsches Organ der sozialdemokr. Arbeiterpartei Ungarns, wöchentl.
- Arbeiter-Zeitung, Milwaukee, wöchentl.
- L'Ateo, Livorno, wöchentl. (italienisch).
- Budoucnost, Prag, zweimöndentlich (tschechisch).
- Bulletin of the social labor movement, offiz. Organ der sozialdem. Arbeiterpartei Nordamerika's, Cincinnati, monatlich.
- Dolnické Listy, Prag, zweimöndentlich (tschechisch).
- L'Egalité, Saint Cloud bei Paris, wöchentl.
- Kadeti, Chicago, wöchentl.
- La Fédération, Marseille, vom Marseiller Kongreß befreiloffenes Organ der organisirten französischen Arbeiterpartei, monatlich.
- Grütliener, Organ des Grütli Vereins, Bern, halbmonatlich.
- Journal historique, von E. Chevallier, Paris, wöchentl.
- La jeune Icarie, Organ der irischen Gemeinde, Iowa Ver. Staaten, halbmonatlich.
- Il Movimento sociale, Neapel, wöchentl.
- Le Mirabeau, Organ der wallonischen Sektionen, Werviers, wöchentl.
- Népszava, Budapest, magyarisches Organ der sozialdem. Arbeiterpartei Ungarns, wöchentl.
- N. Y. Volkszeitung, New-York, täglich und Wochenaußgabe.
- Neue Gesellschaft, Monatschrift für Sozialwissenschaft, Zürich.
- Den nye Tid, Chicago, wöchentl. (skandinavisch).
- O Operajo, Porto, wöchentl. (portugiesisch).
- La Plebe, Mailand, wöchentl. (italienisch).
- Le Prolétaire, Saint Cloud bei Paris, wöchentl.
- Le Précurseur, Genf, wöchentl.
- La Réforme politique et sociale, Lyon, wöchentl.
- La Revue sociale, 102. Monatschrift, Saint Cloud bei Paris.
- Phil. Tageblatt, Philadelphia, täglich.
- Rownoso, Organ der polnischen Sozialisten, Genf, monatlich.
- Recht voor Allen, Amsterdam, wöchentl. (niederländisch).
- La Revista social, Barcelona, wöchentl.
- Le Révolté, Genf, halbmonatlich, (anarchistisch).
- Den Sozialdemokraten, Kopenhagen, wöchentl. (dänisch).
- Stimme des Volkes, St. Louis (Nordamerika), täglich.
- Die Tagewacht, Organ der sozialdem. Partei der Schweiz und des Schweiz. Arbeiterbundes, Zürich, halbmonatlich.
- Le Travailleur des villes et campagnes, Paris, wöchentl.
- La Trique, Brüssel, humoristisch-satirisches Wochenblatt.
- La Voix de l'Ouvrier, franz. Organ der 102. Arbeiterpartei Belgiens, Brüssel, wöchentl.
- Volksfreund, Chur (Schweiz), täglich.
- De Volkswil, Gent, wöchentl. (flämisch).
- Volksfreund, Zentralorgan der sozialdem. Partei Oesterreichs, Reichenberg, Böhmen, zweimöndentlich.
- La Voix de Pauvre, Algier, wöchentl.
- Sorboite und Arbeiterzeitung, Chicago, täglich und Wochenaußgabe.
- Die Wahrheit, Breßburg, halbmonatlich.
- De Worker, wilm. Organ der 102. Arbeiterpartei Belgiens, Antwerpen, wöchentl.
- Zukunft, Wien, zweimöndentlich.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat“

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — so wohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entzogen genommen bei folgenden Filialen

- Genf L. J. Brunier, Motbrilland 42b
- Kopenhagen K. Georg Hoffmann, Kattesund 16, 3. S. & G.
- Budapest M. Frankel, VII, Lindengasse 26, Thür 28.
- London W. Hoffmann, 59 Wardour Street, Oxford Street, late Princes Street W.
- H. Rackow, 120 Islington High Street.
- Paris Blum, 66 rue Montorgueil.
- Trapp, 65 rue de Madame, Hotel Baldrian.
- Voss, 6 rue de Levis.
- Antwerpen Ph. Coenen, 6 Moistraat.
- Brüssel A. Tronz, 81, rue de Six-Jetons.
- Verviers J. Elias, Buchhandlung, 136 rue Spintay.
- Lüttich Friedrich Mammoser, Rue Potierus 20/II.
- New-York F. Jonscher, 283 E. Houston Street.
- St. Louis Mo. Gebr. Hermingshaus, 1711 Franklin Avenue.
- Chicago Ill. A. Lanfermann, 74 Clyborn Avenue.
- Cincinnati, Ohio Philipp K. Theobald, Nr. 391 Main str.